

Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 22.05.2017, 19:00 Uhr – 20:45 Uhr

1. Treffen Vernetzungsforum Wohnen

Teilnehmer: 11

Name	Vorname	Institution
Baumgartner	André	Die Linke
Braun	Hermann	
Buba, Dr.	Hanspeter	BASIS-Institut
Günther	Susann	Lebenshilfe Fürth (Wohnstätte Marsweg 19)
Himmelein	Monika	Lebenshilfe Fürth
Himmelein	Frank	Lebenshilfe Fürth (Wohnstätte Marsweg 19)
Lechner-Beierlein	Gerlinde	AWO-Kreisverband Fürth-Stadt e.V.
Leikamm	Georg	Lebenshilfe Fürth
Razinskas	Anja	BRK Kreisverband Fürth
Tiedemann	Elena	BASIS-Institut
Wieler	Angelika	

Inhalt

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba.....	2
2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba	2
3 Diskussion.....	2
4 Verabschiedung	8

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba

Herr Dr. Buba vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt zu Beginn der 1. Sitzung des Vernetzungsforums „Wohnen“ alle Anwesenden recht herzlich und freut sich über das Erscheinen der Teilnehmer. Er bedankt sich bei der Lebenshilfe Fürth e.V., unter deren Trägerschaft das Projekt „Fürth Für Alle“ läuft und die die Vorbereitung zu den Vernetzungsforen, die technische Ausstattung und auch das heutige Catering geleistet hat. Besonderer Dank gilt auch den beiden Organisatoren vor Ort. Nachdem er sich und sein Team kurz vorgestellt hat, bittet er alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen. Im Anschluss daran erläutert er kurz den Ablauf der heutigen Sitzung.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba

Herr Buba weist eingangs darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung darum gehen wird, über Erfahrungen und Probleme bezüglich des Themas Wohnen zu sprechen. Wichtig ist hierbei, zu eruieren, was bereits sehr gut läuft, was aber auch noch schlecht läuft und wo Verbesserungsbedarf vor Ort besteht. Wichtig ist zudem in der heutigen Sitzung, darüber zu sprechen, welche Vertreter oder Institutionen unbedingt noch bei den Vernetzungsforen oder an anderen Stellen im Planungsverlauf des Aktionsplans mitwirken sollten und wie erreicht werden kann, dass sich diese einbringen. Herr Buba lädt alle Anwesenden ein, sich während der gesamten Sitzung jederzeit aktiv mit Diskussionsbeiträgen beteiligen. Es geht heute darum, alle Ideen zu sammeln und festzuhalten. Dabei gibt es kein „richtig“ oder „falsch“. Auch ist es zunächst egal, ob Ideen-vorschläge wirklich realisiert werden können. Vielmehr geht es um eine erste Gedankensammlung; die Themenreihenfolge in der ersten Sitzung des Vernetzungsforums ist daher auch noch völlig beliebig.

Im Folgenden stellt Herr Buba Punkte und Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Wohnen“ vor, die bei der Auftaktveranstaltung erarbeitet wurden. Er bittet alle Anwesenden darum, diese Punkte zu ergänzen und zu korrigieren.

3 Diskussion

Zunächst geht Herr Buba auf die Beiträge der Auftaktveranstaltung zum Thema Stärken und positive Beispiele in der Stadt Fürth ein. Dabei wurden die Wohnprojekte „Al-lengerechtes Wohnen“ und „Spiegelfabrik“ positiv hervorgehoben. Er erläutert, dass das erste Wohnprojekt durch die Christel-Beslmeisl-Stiftung der AWO finanziert wurde

und ein integriertes Wohnen unterschiedlicher Altersgruppen und mit oder ohne Behinderung umfasse. Das Spiegelfabrik-Projekt sei vergleichbar mit dem Tübinger Modell und stelle 53 Wohnungen. Den beiden Projekten gemein seien Treffmöglichkeiten. Er verweist auf Modelle für Senioren, wie die des ehemaligen Bremer Bürgermeisters, der mit seinen Freunden zusammengezogen sei. Es gebe verschiedene Modelle, die man aufgreifen könne, so auch das Bielefelder Modell mit zentrumsnahen Wohnanlagen (Link im Anhang).

Die Sprache kommt auf den Punkt „Diversität im Wohnheimen“, der auf der Auftaktveranstaltung genannt wurde. Herr Braun, selbst Vater eines geistig behinderten Kindes, erläutert seinen diesbezüglichen Gedankengang: Wenn alle zum ambulanten Wohnen fähige Menschen vom stationären Wohnen wegziehen würden, würden die verbleibenden Wohnheimbewohner abbauen. Daher spricht er sich dafür aus, dass fittere Wohnheimbewohner auch im stationären Setting verbleiben dürfen und somit stationäre Wohnheime erhalten bleiben. Frau Günther, Leiterin der vollstationären Wohnstätte im Marsweg 19, sieht die stationäre Wohnform als sicheren Hafen. Allerdings gehen ihrer Meinung nach die Perspektiven von Eltern und Professionellen auseinander, was den Verbleib von fitteren Bewohnern im stationären Setting betrifft. Seit der Gründung der Einrichtung vor sechs Jahren seien viele Bewohner inzwischen in ambulante Wohnformen gezogen. Sie sieht es auch als Auftrag, Menschen den Übergang aus dem stationären ins ambulante Setting zu ermöglichen. Dem Diversitätsgedanken wird insofern momentan nicht nachgegangen, als die (selten) freien Plätze in der stationären Einrichtung nach Bedarf vergeben werden.

Frau Lechner-Beierlein vom AWO-Kreisverband Fürth-Stadt e.V. fragt nach, wie es funktioniert, dass Menschen aus dem stationären in den ambulanten Bereich gelangen. Frau Günther erklärt, dass dies häufig einen Arbeitsaufwand von mindestens einem halben Jahr erfordere. Zunächst müsse man einen Wohnungsberechtigungsschein ausfüllen, dann auf die Liste setzen und anschließend auf eine Vermittlung hoffen. Auf dem freien Wohnungsmarkt sei man chancenlos, mit öffentlichen Trägern wie der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Fürth (WBG) würde es etwas besser funktionieren. Frau Lechner-Beierlein erläutert, dass AWO-Projekte eher durchmischt seien. Man versuche, für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen Lücken zu finden, was allerdings auch mit viel Aufwand und Ärger verbunden sei. Beispiele wie das des Bremer Bürgermeisters seien realitätsfern, da sie selbst als Träger auf dem freien Wohnungsmarkt nur schwer eine Wohnung finden würden. Dies habe damit zu tun, dass viele Menschen keine psychisch Kranken in der Nachbarschaft haben wollen würden. Herr

Buba erklärt, dass sich seine Äußerungen zum Modell des Bremer Bürgermeisters nur auf die Gruppe der Senioren (mit oder ohne Behinderung), nicht generell auf Menschen mit Behinderung bezogen habe.

Frau Lechner-Beierlein spricht die neue gängige Vorgehensweise an, wonach betreutes Wohnen an Seniorenheime angehängt werde. Herr Buba sieht in solchen Wohnformen keine längerfristigen Modelle, da jene barrierefreien Wohnungen mit Pauschalen verbunden seien, für die die Bewohner nur Minileistungen erhielten.

Herr Buba möchte von einem Teilnehmer wissen, wie er den Umzug von einer stationären Wohnform in betreutes Wohnen erreicht habe. Dieser erläutert, dass er nur durch Glück über die WBG eine Wohnung erhalten habe. Frau Günther bemängelt, dass es keine zentrale Stelle für soziale Wohnungssuche in Kooperation mit der Stadt Fürth gibt. Daher wünscht sie sich eine Vernetzung zwischen den einzelnen Wohnungsanbietern in Hinblick auf sozialen Wohnungsbau, dazu eine dort ansässige konkrete Ansprechperson.

Herr Braun fragt nach, ob bei dem geplanten Bau am Reichsbodenfeld auch sozialer Wohnungsbau vorgesehen sei. Auf der Auftaktveranstaltung war darüber diskutiert worden, ob die Lebenshilfe als Anmieter oder Käufer diesbezüglich eintreten könne. Herr Baumgartner von der Partei „Die Linke“ berichtet von einer Bürgerversammlung zum Thema Reichsbodenfeld: Gemäß seiner Information seien keinerlei größere Wohneinheiten, sondern nur Reihenhäuser für Familien geplant. Frau Lechner-Beierlein bestätigt, dass ein fester Bebauungsplan bereits bestehe und in der „Schublade“ sei. Der Bürgermeister habe aber Wohnungsbau in seinem Referat als Chefsache erklärt und es seien andere Projekte genannt worden. Interessant seien auch die Quartierbüros, d.h. städtisch geförderte Zentralen, die zur Vermeidung sozialer Brennpunkte auf der Hardhöhe und in der Südstadt entstehen. Eine Möglichkeit wird darin gesehen, an der Hardhöhe in Richtung Inklusion anzudocken. Zur Informationsgewinnung über Quartiersmanagement und Bauvorhaben der Stadt wird vorgeschlagen, die zuständige Sozialreferentin Frau Reichert zum nächsten Vernetzungsforum einzuladen. Ebenfalls diskutiert wird die Einladung der jeweiligen Quartiersmanager. Herr Braun plädiert dafür, aus Gründen des Überblicks, zunächst Frau Reichert und dann die Quartiersmanager einzuladen. Herr Buba verspricht, diese Vorgehensweise mit der Behindertenbeauftragten Frau Kirchner abzuklären.

Ein weiterer Punkt auf der Auftaktveranstaltung war „Gefahr: Resteinrichtung durch Ambulantisierung“. Ambulantisierung ist laut Frau Lechner-Beierlein momentan ein sehr großes Thema bei den Trägern, u. U. aus finanziellen Gründen. Herr Buba fragt

nach, ob ambulante Wohnformen generell finanziell günstiger seien als stationäre. Frau Lechner-Beierlein erklärt, dass bereits drei stationäre Wohnformen aufgelöst worden seien (wabe wohnen im Erlangen, Hersbruck Don Bosco, AWO-Wohnheim) und in intensiv ambulant betreute Wohnungen umgewandelt werden. Momentan befinde man sich noch in der Modellphase, allerdings gebe es wahrscheinlich nicht mehr Ersparnisse. Die Teilnehmer heben hervor, dass es hierbei nicht nur ums Geld, sondern um individuelle Hilfebedarfe geht. Heimstrukturen würden übergestülpt, es sei ein Denkwechsel nötig. Frau Günther erläutert, dass das Bundesteilhabegesetz (BTHG) darauf abziele, letztendlich stationäre Wohnformen abzuschaffen. Dies liege aber noch in der Zukunft und deswegen müsse die Stadt Fürth sich fragen, was unter dem Gesichtspunkt des Mangels an bezahlbarem Wohnraum ihr Beitrag zur Vermittlung von Menschen in ambulante Wohnformen sein könne. Im Vergleich zu Senioren können Menschen mit Behinderung in der Regel nicht erstmal ihre bestehenden Wohnungen umbauen. Aber auch um Senioren müsse sich die Stadt kümmern. Für Menschen mit Behinderung gebe es keine Ansprechpartner und der freie Wohnungsmarkt würden diese Gruppe ebenfalls nicht bedienen. Sie bemängelt zudem, dass die Sozialamtssicherung mit dem neuem BTHG nicht mehr gewährleistet werde, da es jetzt über Grundsicherung laufe.

Herr Baumgartner spricht sich dafür aus, die Architektenkammer am Aktionsplan Inklusion zu beteiligen. Er kritisiert, dass der Paragraph 48 in der Bayerischen Bauordnung (Link im Anhang), wonach beim Bau von mehr als zwei Wohnungen mindestens eine barrierefrei sein müsse, inzwischen aus dem Prüfkatalog entfernt worden sei. Er schlägt vor, dass die Stadt Fürth die Idee von der Stadt Nürnberg übernimmt und bei jedem Bauantrag, der diese Anforderungen nicht erfüllt, einen dem folgenden Satz ähnlichen Satz schreibt: „Wir dürfen den Bauantrag zwar nicht ablehnen, aber wir weisen Sie darauf hin, dass nach Paragraph 48 der Bayerischen Bauordnung beim Bau von mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein muss.“

Frau Günther spricht sich dafür aus, dass der soziale Wohnungsbau in Fürth zwar nicht in einer Hand ist, aber ein Vertreter ihn überwachen sollte. Deswegen schlägt sie vor, Vertreter des sozialen Wohnungsbaus zum nächsten Vernetzungsforum einzuladen. Zu den wichtigsten Vertretern zählt sie das Evangelisches Siedlungswerk, GBW Gruppe, und vor allem die städtische WBG.

Herr Braun schlägt vor, dass sich alle Träger der sozialen Einrichtungen zusammensetzen und gemeinsam eventuell mit der Stadt Fürth kooperieren, um selbst als juristische Organisation aufzutreten. Frau Lechner-Beierlein gibt zu bedenken, dass dies aufgrund

von Haftungs- und Finanzfragen schwierig sei. Frau Günther meint, dass die Stadt als Vermittler näher an der Normalität sei. Frau Lechner-Beierlein sieht die Hauptproblematik im Mangel an Baugrund. Herr Baumgartner erläutert, dass ein Großteil des Baugrunds an P&P verkauft werde. Wenn die Stadt nicht direkt an P&P verkaufe, würden die anderen Käufer den Grund wiederum an P&P verkaufen. Es wird vorgeschlagen, die Stadt Fürth im Rahmen des Aktionsplans Inklusion dazu zu verpflichten, in einem gewissen Rahmen sozialen Wohnraum zu fördern. So könne man beispielsweise ein paar Wohnungen und nicht ganze Komplexe an benachteiligte Menschen vermieten und dann an die Träger verteilen. Frau Lechner-Beierlein sieht die einzige Chance in einer Kennzeichnung der Fläche im Bebauungsplan und Verankerung des sozialen Wohnungsbaus. Diese Fläche müsste bestimmten Auflagen unterliegen, z.B. kein Überschreiten des Mitspiegels und 30 % barrierefreie Wohnungen. Herr Baumgartner begrüßt diesen Vorschlag und erläutert, dass die Nachfrage den Bedarf an barrierefreien Wohnungen übersteige. Tatsächlich sei laut einer Studie des Deutschen Städte- und Gemeindebund der reine Rohbau nur etwa 0,3 Prozent teurer als der normale nicht-barrierefreie Bau (Link im Anhang). Er fragt sich, weshalb die fertigen Wohnungen dann 10-20 % teurer seien. Frau Günther mutmaßt, dass diese Angebote auf Senioren ausgerichtet seien und diese mehr Geld hätten.

Frau Günther fordert, einen zuständigen Spezialisten bezüglich Architektur und Barrierefreiheit als Ansprechpartner zu definieren. Dessen Aufgabenbereich solle in der inhaltlichen Bewertung der Bebauungspläne liegen. Herr Baumgartner weist auf den Schulungs- und Personalmangel hin und schlägt vor, ein Architektur- und Bauplanerbüro zum Prüfen zu beauftragen.

Frau Razinkas vom BRK Kreisverband Fürth erläutert die Unterstützungsmöglichkeiten des Freiwilligenzentrums bei Privatumbauten. Dort würden freiwillige Architekten eine Wohnraumberatung betreiben (Link im Anhang).

Frau Wieler schlägt vor, den Integrationsrat der Stadt Fürth in das Vernetzungsforum einzuladen, da dieser mit ähnlichen Wohnproblemen wie dem Mangel an Sozialwohnungen konfrontiert sein. Bisher suche nur eine Gruppe des Freiwilligenzentrums Wohnungen für Flüchtlinge, diese seien nirgendwo anders angebunden.

Frau Lechner-Beierlein nimmt nochmal Bezug auf die Idee, im Bebauungsplan sozialen Wohnungsbau zu verankern. Sie spricht sich dafür aus, P&P und generell allen freien Bauträgern Auflagen durch die Stadt zu machen. Diese Auflagen dürften nicht auf Freiwilligkeit beruhen. Zudem sei es wichtig, die Presse einzuladen.

Es kommt der Vorschlag auf, einen Zusammenschluss der verschiedenen Verbände (z.B. Lebenshilfe und AWO) voranzutreiben und so Lobbyarbeit zu betreiben. Es wird diskutiert, welche Sozialverbände es gibt. Frau Günther weist darauf hin, dass in der heutigen Runde ein kirchlicher Träger fehle. Für das Erreichen aller Träger könne man den Verteiler des Aktionstags nutzen. Frau Lechner-Beierlein spricht sich dafür aus, als Lobby konkrete Forderungen zu stellen und so eine politische Wirkung zu erzielen. Herr Buba weist darauf hin, dass ein Zusammenschluss der Verbände parallel zur Formulierung der Forderungen im Aktionsplan verlaufen könne. Frau Günther stimmt zu, dass sich die heutige Vernetzungsforumsgruppe als Vertreter der Stadt verstehen und somit Maßnahmen wie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus vorschlagen könne. Anschließend müsse sich die Stadt positionieren. Herr Buba befürwortet ein Einladen der verschiedenen Sozialverbände, allerdings hält er einen Zusammenschluss der Verbände für unwahrscheinlich. Frau Razinskas stimmt zu, dass ihr Arbeitgeber, der BRK, auf die Zielgruppe der Senioren spezialisiert sei. Auch die anderen Verbandsvertreter in der Runde sehen sich in der Verantwortung für bestimmte Gruppen.

Frau Günther fragt nach, an wen sich ein Mensch mit Behinderung bei der Wohnungssuche wenden kann. Gerade nach einer Diagnose oder nach einem Umzug werde ein Ansprechpartner benötigt. Frau Razinskas greift die Idee eines Behindertenleitfadens aus dem Vernetzungsforum „Freizeit, Kultur und Sport“ auf, in dem man Wohnangebote/Wohnberatung für Menschen mit Behinderung integrieren könne. Frau Lechner-Beierlein schlägt vor, jemanden von der Stadt für diese Aufgabe zu gewinnen. Frau Wieler fügt hinzu, dass der Behindertenrat eingebunden werden müsse. Sie selbst habe wegen eines Anliegens dort angerufen und sei nur deswegen auf der Inklusionsveranstaltung gewesen. Herr Buba lobt das Engagement der Behindertenbeauftragten Frau Kirchner. Er schlägt vor, eine städtische oder quartiersnahe Stelle als Ansprechpartner zu definieren. Frau Günther verweist auf das BTHG, wonach die Etablierung von unabhängigen Beratungsstellen angestrebt werde. Sie ruft die Stadt dazu auf, sich Gedanken darüber zu machen, wen man an dieser Stelle positionieren wolle. Diese Person müsse unabhängig bürgernah beraten.

Frau Lechner-Beierlein spricht ein Projekt über einfach Sprache der Stadt Fürth an, deren Einzelheiten ihr nicht bekannt sind. Herr Buba verspricht, sich über das Thema kundig zu machen.¹

¹ Auf der Basis dieser Angaben konnte bis zur Vollendung des Protokolls nichts Genaueres ermittelt werden.

Frau Wieler berichtet, dass sie selbst Wohnraum umgebaut habe, sodass er inzwischen fast barrierefrei sei. Sie moniert, dass Anlaufstellen und Anträge für Hilfen und Zuschüsse nicht leicht zu finden sind. Frau Razinskas verweist auf das Freiwilligenzentrum, das für solche Fälle als Ansprechpartner dient. Frau Wieler berichtet, dass sie diese Gruppe auch in Anspruch genommen habe. Sie fordert, diese Gruppe bekannter zu machen.

4 Verabschiedung

Im Anschluss an die Diskussion bedankt sich Herr Buba für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt. Das nächste Vernetzungsforum zum Thema Wohnen wird Anfang Juli stattfinden. Dann wird versucht, die Beschreibung der Ist-Situation zu ergänzen, zu strukturieren und erste Maßnahmen zu kreieren. Am Ende der 2. Sitzung soll demzufolge ein grober Maßnahmenkatalog vorliegen, welcher dann im 3. Vernetzungsforum im September noch präzisiert und im Detail besprochen werden soll.

Herr Buba hofft, dass der Aktionsplan in Fürth passgenaue Maßnahme- und Handlungsempfehlungen zusammenstellen kann und fordert alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf, Fallbeispiele zu sammeln und weitere wichtige Gesprächspartner für die Diskussion in den Vernetzungsforen zu gewinnen. Herr Buba betont nochmals die Wichtigkeit, dass alle relevanten Akteure am Aktionsplan mitwirken müssen und sich auch gegenseitig mit Motivation anstecken müssen – nur so kann es gelingen. Er bedankt sich zum Abschluss der Sitzung des Vernetzungsforums noch bei allen Anwesenden und hofft auch weiterhin auf zahlreiches Erscheinen in den Sitzungen. Er wünscht allen Anwesenden noch einen schönen Abend und verabschiedet sich.

Für das Protokoll
Elena Tiedemann
BASIS-Institut

Links

- Bielefelder Modell: <https://www.bgw-bielefeld.de/bielefelder-modell.html>
- §48 Bayerische Bauordnung <https://nullbarriere.de/bauordnung-bayern.htm>
- Studie Deutscher Städte- und Gemeindebund:
<https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2017/Barrierefrei->

[heit%20bei%20Neubauwohnungen%20f%C3%BCr%20rund%20ein%20Prozent%20der%20Baukosten%20realisierbar/20170405_Studie_Barrierefreiheit%20kostet%20nicht%20mehr_zur%20Freigabe-1.pdf](#)

- Wohnberatung Freiwilligenzentrum: <http://www.freiwilligenzentrum-fuerth.de/eigene-projekte/projekt-wohnberatung/>